

Regionaler Steuerwettbewerb: Treiber einer positiven Entwicklung?

Protokoll: Thomas Minger

Im Workshop wurden die fünf Thesen von Daniel Müller-Jentsch (Avenir Suisse) diskutiert (vgl. beiliegende PPP). Die Diskussion lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Steuerwettbewerb ist ein Erfolgsmodell, das der Schweiz klare Vorteile bietet. Namentlich im internationalen Standortwettbewerb kommt den steuerlichen Rahmenbedingungen nach wie vor eine zentrale Bedeutung zu. Gleichzeitig darf der Steuerwettbewerb nicht überbewertet werden. Andere Faktoren (z.B. Leistungsangebot, Lebensqualität etc.) sind bei Standortentscheiden von Unternehmen oder bei der Wahl des Wohnortes ebenso wichtig.
- Das schweizerische Steuersystem verfügt bereits heute über Leitplanken für einen fairen und transparenten Steuerwettbewerb. Mit der NFA, der stark progressiven Bundessteuer, der formellen Steuerharmonisierung, den Grundsätzen der Besteuerung in der Bundesverfassung, der Rechtsprechung des Bundesgerichts in Sachen degressiven Steuern sowie einer demokratisch verankerten Steuerpolitik sind wichtige Spielregeln gegeben und Kontrollmechanismen eingebaut.
- Die aktuelle Siedlungs- und Verkehrspolitik führt allerdings zunehmend zu Wettbewerbsverzerrungen mit unerwünschten Nebenwirkungen: Bauzonenpolitik wird allzu oft als Schraube im Steuerwettbewerb eingesetzt. Für Fehlanreize sorgt auch die massive Subvention der Mobilität. Die Folgen sind Zersiedelung und hohe Infrastrukturkosten. Hier sind weitere Leitplanken (level playing field) gefragt, namentlich klare Regeln (RPG-Revision, kantonale Richtpläne) wo wie viel Bauland eingezont werden darf und Reformen in der Verkehrsfinanzierung (mehr Kostenwahrheit bzw. Nutzerfinanzierung).
- Das Instrument Agglomerationsprogramm stellt einen zentralen Baustein der Agglomerationspolitik dar und sollte zu einem umfassenderen raumplanerischen Koordinationsmechanismus weiterentwickelt werden (Siedlung, Verkehr etc.). Dabei sollte mit Blick auf die festgestellten Wettbewerbsverzerrungen und unerwünschten Nebenwirkungen namentlich der Bauzonenpolitik eine stärkere Beachtung geschenkt werden. Gleichzeitig ist jedoch auch darauf zu achten, dass das Instrument Agglomerationsprogramm nicht überladen wird.
- Gemeindefusionen stellen in Agglomerationen bislang in der Tat eher die Ausnahme dar. Dies lässt sich jedoch nicht nur auf das Steuergefälle zurückführen. Gemeindefusionen werden z.B. auch wegen der damit verbundenen Aufgabe von Autonomie und Selbstbestimmung abgelehnt. Gleichzeitig werden Fusionen nicht nur von den Gemeinden im Agglomerationsgürtel verworfen, sondern zum Teil auch von Kerngemeinden.
- Gemeindefusionen in Agglomerationen können einen Beitrag zur Verbesserung der fiskalischen Äquivalenz leisten. Allerdings werden auch neue kommunale Gebietskörperschaften nie gänzlich den funktionalen Räumen entsprechen, weshalb die interkommunale Zusammenarbeit in der Agglomeration weiter zu stärken ist. Immerhin kann davon ausgegangen werden, dass die Zusammenarbeit zwischen weniger und dadurch zum Teil auch „homogeneren“ Agglomerationsgemeinden einfacher wird, weshalb Gemeindefusionen in den Agglomerationen pragmatisch zu fördern, aber nicht zu erzwingen sind.
- Das Splitting von Steuern und Wahlrecht zwischen Wohn- und Arbeitsort wäre zwar eine elegante Lösung des Problems der fiskalischen Äquivalenz, die politischen Chancen dieses Ansatzes werden jedoch als gering beurteilt. Im Vordergrund steht vielmehr der eingeschlagene Weg zur Stärkung des Finanz- und Lastenausgleichs (NFA wie auch kantonale Ausgleiche) sowie der interkommunalen bzw. -kantonalen Zusammenarbeit. Im vertikalen Verhältnis sind verbindliche Finanzierungsmodalitäten Bund – Kantone bzw. Kanton – Gemeinden anzustreben.